

Gute Freiräume für Alle – ein Blick nach vorne

Mit der „Unwirtlichkeit unserer Städte“ hat das Ehepaar Mitscherlich im Jahr 1965 eine wichtige „Anstiftung zum Unfrieden“ ausgelöst und Erkenntnisse befördert, die „Wirtlichkeit“ als wesentliches Element der Stadtentwicklung und der Planung des Wohnumfelds zu begreifen. In Folge der lebhaft geführten Diskussion über deren Positionen setzte sich eine Erkenntnis fest, dass nicht nur Umweltbelastungen wie Hitze, Lärm, Smog, Feinstaub etc., sondern auch verunstaltete wie devastierte Städte und Siedlungen die dort lebenden und arbeitenden Menschen krank machen können. Die Lebensbedingungen für Bewohner und deren Gesunderhaltung hat sich seither als Element der Stadtentwicklung und der Planung des Wohn- und Arbeitsplatzumfelds emanzipiert. Wesentliche Treiber hierzu waren und sind die zunehmende Reflexion durch gesellschaftliche Kräfte und die begleitende mediale Information und Wissensvermittlung.

Trotzdem muss sich in unserem Wohn- und Arbeitsumfeld hinsichtlich des Schutzes bzw. der Erhaltung der menschlichen Gesundheit noch Einiges verbessern oder zumindest weiter entwickeln. Allein die Stichworte „CO₂-Bilanz von Baustellen“, „Stoffströme“, „Recyclingfähigkeit“, „Bodenschutz“, „Grundwassersicherung“ und viele weitere Kriterien des „Nachhaltiges Bauens“ lassen noch viel Verbesserungspotenzial erkennen. Zudem nimmt der Flächenverbrauch im Außenbereich nach wie vor nicht ab. Die daran geknüpfte Maßgabe der Innenentwicklung statt Außenentwicklung bringt es mit sich, dass gerade innerörtliche Freiräume einem hohen Druck ausgesetzt, für bauliche Nutzungen hingegeben zu werden. Wiewohl sich die Sichtweisen auf solche Räume gerade auch durch deren Verknappung neu positionieren.



Basel – Sonnenhungrige und Rheinschwimmer – Inbesitznahme von Freiraum mitten in der Stadt

Doppelte Innenentwicklung - ein gesundes Miteinander planen

Mit dem Ansatz der „doppelten Innenentwicklung“ ist der Versuch unternommen, den Druck weiteren Wohnflächenbedarfes bei der Innenentwicklung mit dem Anspruch der Verbesserung von verbleibenden Freiräumen zu begleiten. Als wesentliche Ziele sollen dabei u.a. auch Belange der Volksgesundheit und soziale wie freiräumliche Anforderungen, bislang im Städtebau eher notgelingen, deutlich gestärkt werden.

Nicht selten kommen bei der Frage, ob vorhandene Freiräume einer Bebauung oder Nachverdichtung weichen sollen, Argumente in den Vordergrund, die nicht auf das Wohl Aller gerichtet sind. Wer solchen Verfahren die Belange der Freiräume hoch hält muss sich nicht selten Einiges anhören: Freiräume seien teuer zu pflegende Belastungen,

missbraucht durch soziale Randgruppen und Hunde, so die einen. Die anderen behaupten, öffentliche Freiräume seien nun mal „nice-to-have“, wohlgleich die nötige Inangriffnahme von sanierungsgestauten Schulen etc. nun mal „must-have“ seien. Gerade Letzteres zeigt, dass eine Interessengleiche von politisch und wirtschaftlich abhängigen Kommunen bzw. Investoren mit an der Lebensqualität von Quartieren interessierten Gruppen nicht der Regelfall ist. Wer sicherstellen will, dass ein gutes Lebensumfeld auch in schlechten Zeiten angestrebt und/oder dauerhaft sichergestellt werden soll, muss dafür werben, dass alle betroffenen Gruppen zu Wort kommen. Wer interessierte Betroffene im Rahmen einer qualitätsvollen Partizipation zusammen schaltet, kommt dabei nicht umhin, Für und Wider darzulegen, solide aufzuarbeiten und ergebnisoffen zu diskutieren.

Dass einzubindende gesellschaftliche Gruppen nur mit einer Sprache erreicht werden, die von ihnen auch verstanden werden, ist ein wesentlicher Teil aller Partizipationsprozesse. Und ein Sprachproblem zahlreicher Forschungsbereiche und deren Akteure. Weil sich die Inhalte und Wirkungen von Freiraumplanungen recht gut erörtern lassen und für Jede/n intellektuell wie auch emotional gut fassbar und bewertbar sind hat die Freiraumplanung im Vergleich zu anderen Planungsfeldern hier Vorteile.

Gutes Leben für Alle – sozial verträglich und gesundheitsförderlich entwickeln

Die Lebensqualität in heutigen Siedlungen ist bekanntlich nicht überall gleich. Gerade das öffentliche und halböffentliche Grün ist in vielen Stadtteilen und Siedlungen defizitär, deren Bevölkerungsgruppen ungerecht versorgt. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat in diesem Weißbuch konkrete Handlungsempfehlungen und Umsetzungsmöglichkeiten des Bundes für mehr Grün in Städten und Siedlungen ressortübergreifend erarbeitet, das den aktuellen Wissensstand enthält. Frau Ministerin Hendricks wird diese Grundlage einer kommenden Regierungsarbeit am 09.05.2017 in Essen präsentieren.

Dort (Anm.d.V.: zum Zeitpunkt des Vortrags im Entwurf vom 11/2016) wird im Kapitel „Stadtgrün sozial verträglich und gesundheitsförderlich entwickeln“ festgestellt: „..... Gerade in diesen verdichteten Stadträumen ist der Bedarf an öffentlich zugänglichen Grünräumen aber – auch aufgrund des geringen Anteils an privaten Gärten und Freiflächen – besonders hoch. Deshalb sollte bei der weiteren baulichen Entwicklung dieser Quartiere auf eine ausreichende und qualitätsvolle Begrünung, eine barrierefreie Erschließung, grüne Wegeverbindungen und gute, möglichst fußläufige Erreichbarkeit und Vernetzung der Grünräume geachtet werden. ..“

Und darüber hinaus im Kapitel „Allianz für Stadtgrün und Gesundheit“: „..... Deshalb strebt der Bund mit dem Gesundheitssektor eine „Allianz Stadtgrün und Gesundheit“ an. Erfahrungen etwa aus skandinavischen Ländern liefern hierfür wertvolle Hinweise. Über Pilotprojekte soll gezeigt werden, wie die gesundheitsfördernden Wirkungen von Grünflächen in Programme und Strategien der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung einfließen können und wie diese ökonomisch zu bewerten sind. So bieten öffentliche Grün- und Freiräume bei entsprechender Ausstattung und Unterhaltung gerade in benachteiligten Stadtteilen bedeutende gesundheitsfördernde Infrastrukturen, die verstärkt für präventive, gesundheits- und teilhabeförderliche Maßnahmen und Projekte genutzt werden können.“

Stadtentwicklung als Grundlage für ein „gutes Leben“ muss dazu weitsichtiger, das Planungsinstrumentarium dazu erweitert werden. So bedarf es z.B. des Planungsinstruments, der geeigneten Foren und damit verbundenen Strategien für eine „Gesundheitsvorsorge im Lebensumfeld“, die eine Vielzahl von Disziplinen betrifft. Warum nicht von Medizinern über Wohnen lernen. Gesundheitsvorsorge-Konzepte für zukünftige Bewohner weiten zwar das Planen und die dazu gebotenen Verfahren weiter aus, es kann aber niemand verübelt werden, dass den Bewohnern gleicher Habitatschutz zusteht wie anderen „Arten“.

Urbane grüne Infrastruktur – Gestaltung und Umweltvorsorge zusammen denken

Wiewohl eine nachhaltige Stadtentwicklung heute nicht mehr das Nebeneinander der Pläne, sondern ein Zusammendenken aller Belange sucht. Für die Freiräume in der Stadt gelingt dieses Zusammen mit der sogenannten „urbanen grünen Infrastruktur“.

Urbane grüne Infrastruktur meint die Zusammenführung der Belange von Gestaltqualität und Umweltvorsorge in Freiräumen und gilt als eine wesentliche Voraussetzung für das „Gute Leben“ in Städten. Sie besteht aus naturnahen und kulturell geprägten Freiräumen und trägt zur Sicherung von Ökosystemleistungen für uns Menschen und gleichzeitig auch zur Förderung der biologischen Vielfalt in Städten bei. Sie bietet die Chance, Naturschutz und Freiraumplanung mehr und mehr als ganzheitliches Anliegen zu betrachten und kommunalen Akteure aus dem

„grünen Bereich“ der für Umwelt, Landschafts-, Freiraum- und Grünplanung und Naturschutz zuständigen Fachämtern zusammenzubringen und integrative Ansätze zusammen mit anderen Disziplinen zu stärken, die z.B. für Mobilität, Ver- und Entsorgung oder Gesundheit zuständig sind.



Berlin – Gleisdreieck –
Freiräume eröffnen vielfältige Möglichkeiten der sportlichen Betätigung und der individuellen Entfaltung

Urbane grüne Infrastruktur unterscheidet sich von traditioneller Grün- und Freiraumplanung, indem Themen wie ökologische Netzwerke, Nachhaltigkeitsdenken, Klimawandelanpassung und -abmilderung und Landschafts- und Freiraumplanung strategisch integriert betrachtet und so Naturschutz mit Siedlungsflächenentwicklung, Wachstumspolitik und grauer Infrastruktur gemeinsam gedacht werden.

Sie ist unterlegt durch die EU-Strategie zur Grünen Infrastruktur aus dem Jahr 2013 und in die EU-Biodiversitätsstrategie eingebettet. Auf nationaler Ebene ist es gelungen, sie in strategisch wichtigen Dokumenten zu verankern: die Naturschutz-Offensive 2020 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) aus dem Jahr 2015 verankert „Grün in der Stadt erleben“ als eines von zehn vorrangigen Handlungsfeldern des Naturschutzes und hat zum Ziel, die Kommunen bei der Entwicklung und Konzeption von urbaner grüner Infrastruktur fachlich zu unterstützen. Auch das bereits erwähnte Weißbuch „Grün in der Stadt“ greift den Begriff der urbanen grünen Infrastruktur auf. Nicht zu vergessen das Investitionsprogramm „Zukunft Stadtgrün“ als neue Säule der Städtebauförderung des Bundes.

Wer mehr darüber erfahren will über strategische 7 Schritte und Umsetzungsmöglichkeiten für die kommunale Praxis, um grüne Infrastruktur in Städten zu sichern, zu planen, zu entwickeln und die damit verbundenen Aufgaben im Bereich Pflege und Management zu bewerkstelligen, dem sei die Broschüre des BfN anempfohlen, die hierzu in Kürze erscheinen wird.

„Grün in der Stadt“ – Forschungscluster besser vernetzen

Jeder weiß, dass auch von Freiräumen in Siedlungsgebieten zahlreiche Wohlfahrtswirkungen ausgehen. Allein schon der Bewegung wegen, die es zu fördern gilt. Und dabei geht es nicht um Leistungssport. Aus

gesundheitswissenschaftlicher Sicht wird allen Aktivitäten in Freiräumen eine salutogene Bedeutung zuerkannt. Als Forschungsaufgabe ist dieses Feld aber noch nicht in angemessener Tiefe aufgearbeitet.

Die Zusammenhänge von Wirtlichkeit und Lebensqualität bieten ein breites, interdisziplinäres und unscharf umrissenes Forschungsfeld. Die Vielfalt an relevanten Planungsoptionen, Entwicklungseffekten wie Wohlfahrtswirkungen sollten wissenschaftlich aufgearbeitet werden. Hierzu sind neben denen der Planungsdisziplinen zunehmend auch die Fakultäten der Gesundheits-, Sport- und Sozialwissenschaften und angesichts der ökonomischen Effekte auch die der Wirtschaftswissenschaften gefordert.

Ich komme nicht umhin, auch zu diesem Handlungsfeld das bereits erwähnte Weißbuch „Grün in der Stadt“ zu zitieren:Bestehende Forschungsvorhaben zum Grün in der Stadt sollen vorgestellt und in einem Forschungscluster „Grün in der Stadt“ besser vernetzt werden. Dazu zählen etwa Projekte aus der BMBF-Leitinitiative Zukunftsstadt sowie Modellvorhaben zur Förderung kompakter, funktionsgemischter und grüner Stadtstrukturen.

Gemeinsamkeiten finden und nutzen

Stadtentwicklung als Strategie für Urbanität hat heute, über 50 Jahre nach Mitscherlichs Anstoß, weiter große Aufgaben hin zu „Stadtqualität“ und „Wirtlichkeit“. Angesichts der Vielfalt an relevanten Potenzialen und Wirkungen müssen dem jeweiligen Ort zukommenden individuellen Wohlfahrtswirkungen neu erkannt und weiter gestärkt werden.

Ein Ruf nach „Reparatur“ von Fehlentwicklungen oder mit anderen Gründen in den Brunnen gefallenem Milieus oder eine „Neubesinnung zur Stadtqualität“ ist, soviel ist sicher, an eine Vielzahl von Akteuren zu adressieren. Dies ist eine Aufgabe für Alle. Grund genug, um Gemeinsamkeiten auszuloten und gemeinsame Wege zu finden und zu nutzen.



Berlin – Gendarmenmarkt – Diner en blanc 2011 – Flashmob zugunsten des öffentlichen Raums in der Stadt

Bild 1: Basel – Flussbad – bei Dieter Pfrommer; Bild 2: Berlin – Gleisdreieck – bei Almut Jirku; Bild 3: Berlin – Diner en blanc – bei Dieter Pfrommer
Alle 3 Bilder aus: Pfrommer, D. (2013): Vitamin G – Grün und Gesundheit – Neue Sichtweisen für Landschaftsarchitekten; in A. Jirku (Hrsg) StadtGrün, Fraunhofer-IRB-Verlag

Dipl.-Ing.(FH) Dieter Pfrommer
Freie Landschaftsarchitekten bdl a ifla Pfrommer + Roeder
Humboldtstr. 6 70178 Stuttgart Tel.: 0711 96003-0
d.pfrommer@pfrommer-roeder.de